

Bosnien und Herzegowina: Von der „doppelten Krise“ zur Systemkrise

Zusammenfassung

Sechs Monate nach den Wahlen ist Bosnien und Herzegowina immer noch ohne Regierung. Auslöser ist die Krise in der Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH), jene Entität des Landes mit überwiegend bosniakischer und kroatischer Bevölkerung. Monatelang weigerten sich dort vier Kantone, die unter politischem Einfluss der kroatischen HDZ-Parteien standen, ihre Delegierten für das föderale Haus der Völker zu ernennen. Beide Parteien wollten so der neuen Regierungskoalition in der Föderation die Legitimität entziehen. Diese hatten Zlatko Lagumdžijas Sozialdemokraten und Bündnispartner¹ am 17. März gebildet, nachdem die Koalitionsgespräche mit den HDZ-Parteien gescheitert waren. Die vorgezogene Konstituierung fand jedoch ohne die noch zu nominierenden Delegierten statt. Das Vorgehen ist aus Sicht der beiden HDZ-Parteien deshalb rechtswidrig. Sie versuchen, die „illegalen Machtinhaber“ zu sabotieren. Rückenwind erhielten die HDZ-Parteien durch die Entscheidung der zentralen Wahlkommission des Landes. Diese erklärte am 24. März die Konstituierung der föderalen Volkskammer des Parlaments und der Regierung für ungültig. Die Entscheidung wurde vom Hohen Repräsentanten (HR), Valentin Inzko, am 29. März jedoch suspendiert. Damit wurde die Blockade in der Entität vorerst gebrochen. Ob dies die politische Krise im Lande jedoch löst, ist fraglich. Vielmehr besteht die Gefahr, dass Blockaden auf der Gesamtstaatsebene folgen. Derzeit bemühen sich die HDZ-Parteien, ihre Regierungsbeziehung dort zu sichern. Sie haben einen

machtvollen Verbündeten: Milorad Dodik, Präsident der Republika Srpska und Vorsitzender der „Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD). Die SNSD ist neben Lagumdžijas SDP die stärkste Partei im gesamtstaatlichen Parlament von BuH. Ein kürzlich geschlossenes Bündnis zwischen den beiden HDZ-Parteien und Dodiks SNSD soll die Grundlage für eine Regierungskoalition im Gesamtstaat ohne SDP und ihre Bündnispartner bilden. Eine solche Koalition käme Milorad Dodik gelegen. Sie gäbe ihm die Möglichkeit, strukturelle Verfassungsreformen zu verhindern und die Autonomie der Republika Srpska, die Entität mit überwiegend serbischer Bevölkerung, weiter auszubauen. Die Folge wäre die vollständige Blockade der gesamtstaatlichen Institutionen.

Vor diesem Hintergrund setzt sich der Stillstand des Landes voraussichtlich fort. Mehr noch: Die Krise in der Föderation und die schwierige Regierungsbildung auf gesamtstaatlicher Ebene offenbaren erneut die systemische Schwäche des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina. Dank der stark dezentralisierten Struktur des Landes und dem Mangel an parteipolitischer Kompromissfähigkeit ist effizientes Regieren kaum möglich. Ohne eine höhere Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen und Entscheidungsprozesse können Konflikte wie diese den Staat dauerhaft lähmen und den zentrifugalen Kräften im Lande weiter Auftrieb geben. Die vielbeschworene Übernahme von mehr Eigenverantwortung („Ownership“) lässt sich unter diesen Voraussetzungen kaum erzielen. Auch eine rasche Umsetzung der Reformen zur EU-Annäherung ist eher unwahrscheinlich.

¹ Zu den Bündnispartnern gehören die „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA) sowie die beiden kleineren kroatischen Parteien, die „Kroatische Partei des Rechts“ (HSP) von Zvonko Jurišić sowie die „Volkspartei mit Arbeit zum Erfolg“ (NSRzB).

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

SABINA WÖLKNER
IVANA MARIĆ

31. März 2011

www.kas.de

Die jetzige Lage hat mehrere Gründe:

Pattsituation nach den Wahlen

Im Abgeordnetenhaus der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina verfügen Zlatko Lagumdžijas „Sozialdemokratische Partei Bosnien und Herzegowina“ (SDP) und Milorad Dodiks „Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten“ (SNSD) über die meisten Sitze (jeweils 8 von 42). Die kroatischen Parteien, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft Bosnien und Herzegowina (HDZ BiH) und die Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990 (HDZ 1990), die in Allianz mit der „Kroatischen Partei des Rechts“ (HSP) bei den Wahlen ins Rennen gegangen ist, verfügen zusammen über fünf Sitze, wobei zwei davon auf das Wahlbündnis HDZ 1990 und HSP entfallen. Dahinter liegt mit einem Sitz die „Volkspartei mit Arbeit zum Erfolg“ (NSRzB) des Fleischunternehmers Mladen Ivanković-Lijanović.

Bei den bosniakischen Parteien gab es beachtliche Verschiebungen. Die größte Überraschung stellte das gute Abschneiden der „Allianz für eine bessere Zukunft Bosnien und Herzegowinas“ (SBB BiH) dar. Der Partei des umstrittenen bosniakischen Medienmoguls Fahrudin Radončić gelang es, vier Sitze aus dem Stand zu gewinnen. Dieser Erfolg ging auf Kosten der „Partei für Bosnien und Herzegowina“ (SBIH) des abgewählten bosniakischen Präsidiumsmitglieds Haris Silajdžić. Statt bisher acht entsendet sie nur noch zwei Abgeordnete ins Parlament BuH.² Die „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA) von Sulejman Tihić ist die führende bosniakische Kraft im Parlament BuH. Sie ist mit sieben Sitzen dort vertreten.

Unter den serbischen Parteien ist neben Milorad Dodiks SNSD der ehemaligen „Karadžić-Partei“, die „Serbische Demokratische Partei“ (SDS), der Einzug ins Parlament gelungen. Sie erhielt vier Sitze, ein Sitz mehr als bei den letzten Wahlen; die

„Partei des Demokratischen Fortschritts“ (PDP) des Wirtschaftsprofessors Mladen Ivanić ist lediglich mit einem Abgeordneten vertreten. Ebenfalls nur einen Sitz erhielten das „Demokratische Nationale Bündnis“ (DNS) und die „Demokratische Nationale Gemeinschaft“ (DNZ).

Die Wahlergebnisse machen deutlich, keine Partei verfügt über die notwendige Mehrheit, die Regierung allein zu stellen. Die Bildung einer Koalition ist unumgänglich. Der Auftrag zur Regierungsbildung richtet sich in erster Linie an die sozialdemokratischen Parteien SDP und SNSD, da diese die stärksten Parlamentsfraktionen stellen. Allerdings zeigen sich ihre beiden Vorsitzenden, Zlatko Lagumdžija (SDP), und Milorad Dodik (SNSD) wenig zur Zusammenarbeit bereit. Ursache ist Lagumdžijas Bestreben, ein Regierungsprogramm zu verabschieden, das die wichtigsten Reformvorhaben enthält. Gegen eine solche „programmatische Koalition“ sträubt sich jedoch Milorad Dodik. Aus seiner Sicht ist ein gemeinsames Regierungsprogramm wegen fundamentaler Meinungsunterschiede unmöglich.

„Programmatische“ vs. „mathematische“ Koalition

Kern des Streits ist die so genannte „Plattform“. Diese hat die SDP nach den Wahlen ins Leben gerufen. Sie ist ein Dokument, das aus der Feder der Sozialdemokraten stammt und eine Reihe von Reformvorschlägen enthält. Im Mittelpunkt steht der Wunsch nach einer strukturellen Verfassungsreform.³ Hier ist der Konflikt mit den Vertretern aus der Republika Srpska (RS) vorprogrammiert. Eine solche Reform lehnt Milorad Dodik entschieden ab.⁴ Er fürchtet damit, Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen der Republika Srpska zur Disposition zu stellen. Dodiks Angst ist nicht unbegründet. Die verfassungsrechtlichen Änderungswünsche der SDP zielen u. a. darauf, das Entitätstivotum einzugrenzen, die Kom-

³ Exklusivno: Programaska platforma SDP-a, 20.12.2010, www.vijesti.ba

⁴ Eine Ausnahme bildet die serbische Abgeordnete der PDP, die betonte, dass jede Verfassung weiterentwickelt werden müsse. Die PDP ist jedoch nur mit einem Sitz im Parlament vertreten.

² Vgl. Centralna Izborna Komisija Bosna i Hercegovina, Potvrđeni Rezultati Općih Izborna 2010, in: www.izbori.ba, 15.11.2010.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BOSNIEN
UND HERZEGOWINA**

SABINA WÖLKNER
IVANA MARIĆ

31. März 2011

www.kas.de

petenzen des Gesamtstaates festzuschreiben und einen obersten Gerichtshof von Bosnien und Herzegowina zu schaffen. Längerfristig gelte es, das Land sogar administrativ neu aufzuteilen. Dies sind alles Themen, die aus Sicht der SNSD sakrosankt sind. Jegliche Änderungen der Rechtslage werten die Vertreter von Dodiks Partei als direkten Angriff. Sie vermuten hinter der „Plattform“ die Absicht, die Existenz der serbischen Entität in Frage zu stellen und blasen zum Sturm. Insbesondere Dodiks SNSD versteht sich als „wahrer“ Verfechter serbischer Interessen in Bosnien und Herzegowina. Diese begreift die Partei darin, die Autonomie der Republika Srpska unter allen Umständen zu verteidigen. Ihre Bereitschaft zu Kompromissen in den verfassungsrechtlichen Fragen ist daher gering. Mehr noch: Die Vorschläge der „Plattform“ bestätigen die Vorbehalte der SNSD-Mitglieder, Lagumdžijas Sozialdemokraten folgen lediglich dem Modell des „bosniakischen Zentralstaats“. Die SDP gilt in Banja Luka als bosniakische Kraft, da die Mehrheit der Mitglieder bosniakischer Nationalität ist. Die Partei versteht sich selbst jedoch als multiethnisch. Aus Dodiks Sicht ist die bosniakische Herkunft der Mehrheit der SDP-Mitglieder Grund genug, um der Plattform der Sozialdemokraten zu misstrauen. Für ihn ist eine Koalition mit Lagumdžija deshalb nur im Rahmen einer „mathematischen Koalition“ möglich. Eine solche Koalition verzichtet auf ein gemeinsames Reformprogramm, so wie es in den vorherigen Regierungskoalitionen bislang üblich war. Um seinen Vorstellungen Gehör zu verschaffen, hat er ein Bündnis mit der zweitstärksten serbischen Partei im gesamtstaatlichen Parlament geschlossen, der „Serbischen Demokratischen Partei“ (SDS) von Mladen Bosić.⁵ Die SDS lehnt Verfassungsreformen ebenfalls entschieden ab. Die Formierung der gesamtstaatlichen Regierung hat für Dodik jedoch keine Eile. Der Staat Bosnien und Herzegowina ist aus seiner Sicht nur notwendiges Übel. Diesen Staat muss er ak-

⁵ Dies ist erstaunlich, berücksichtigt man, dass die SDS im Wahlkampf auf Seiten der Opposition stand und durch massive Kritik an Milorad Dodiks Regierung auf sich aufmerksam machte. Die Kooperation solle laut der Vorsitzenden jedoch nur für die gesamtstaatliche Ebene gelten und helfen, „serbische nationale Interessen“ zu sichern. Auf der Entitätsebene bleibt die SDS in der Opposition.

zeptieren, weil die internationale Gemeinschaft darauf besteht. Dodiks Lage ist komfortabel. Er kann den Verlauf der Verhandlungen abwarten. Die Krise spielt im sogar in die Hände. Sie belegt das, was er längst öffentlich ausspricht: dass der Gesamtstaat zum Scheitern verurteilt ist.⁶ Je länger sich in Bosnien und Herzegowina die Regierungsbildung verzögert, um so eher glaubt er davon auch die internationale Gemeinschaft überzeugen zu können. Gleichzeitig schafft er Fakten und baut die Autonomie der Republika Srpska aus.⁷ Lediglich die schlechte wirtschaftliche Lage in der Entität könnte Dodik einen Strich durch die Rechnung machen. Die Probleme sind überwiegend hausgemacht. So lebte die Republika Srpska über ihre Verhältnisse. Das Geld fehlt nun an allen Ecken und Enden.⁸ Dodik braucht die Unterstützung internationaler Geldgeber, um den Entitätshaushalt zu stabilisieren. Für den Erhalt dieser Mittel ist jedoch die Konstituierung einer gesamtstaatlichen Regierung eine wichtige Bedingung.

Blockadepolitik der kroatischen HDZ-Parteien

Die Regierungsbildung auf Ebene des Gesamtstaates ist jedoch nicht allein von der Koalitionsbereitschaft der SNSD abhängig. Vielmehr setzt sie voraus, dass die Abgeordneten und Delegierten in den Entitäten bereits ihre Arbeit aufgenommen haben. Die Parlamentarische Versammlung von Bosnien und Herzegowina kann nur dann gebildet werden, wenn die Delegierten der zweiten Parlamentskammer bereits feststehen.⁹ Diese werden wiederum von den Delegier-

⁶ Milorad Dodik, 17.2.2011, Vijesti.ba, www.vijesti.ba/politika/31766-Dodik-Srpska-spremna-izazove.html.

⁷ Dies lässt sich anhand mehrerer Beispiele belegen: So hatte die RS jüngst ein eigenes Gesetz zur Regelung des Staatseigentums verabschiedet, das Valentin Inzko, der Hohe Repräsentant von BuH, Anfang Januar 2011 wegen Verfassungswidrigkeit annullierte. Darüber hinaus hat die RS einen eigenen Postcode erhalten. Zudem kündigte der Premier der RS, Aleksandar Džombić (SNSD), an, die auf den Gesamtstaat übertragenen Kompetenzen wieder nach Banja Luka zurückzuholen.

⁸ Um die Kosten aufzufangen, wurden die Gehälter einiger Beamten gekürzt und Steuern erhöht, was die Stimmung in der Entität aufheizte. Aleksandar Džombić, 16.12.2010, Moje vijesti: www.mojevijesti.ba/novost/65612/drzavnim-sluzbenicima-smanjene-plate-za-15-odsto

⁹ So sieht es das Wahlgesetz von Bosnien und Herzegowina vor. Die Kammer setzt sich aus fünf Bosniaken, Kroaten und Serben zusammen, die die beiden Entitätsparlamente delegieren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BOSNIEN
UND HERZEGOWINA**

SABINA WÖLKNER
IVANA MARIĆ

31. März 2011

www.kas.de

ten der Entitätsparlamente ernannt. Die Konstituierung der Parlamente in der Föderation und Republika Srpska sind somit die Voraussetzung für die Parlaments- und Regierungsbildung auf gesamtstaatlichem Niveau.¹⁰

Der Republika Srpska gelang es zwar, die Bildung von Legislative und Exekutive am 31. Januar 2011 abzuschließen. Allerdings hatte die Entität die vorgegebene Frist weit überschritten. Diese endete am 23. November 2010. Noch schwieriger gestaltete sich die Situation in der Föderation. Dort waren bis vor kurzem sämtliche Versuche gescheitert, Parlament und Regierung zu gründen.¹¹ Verantwortlich war die Blockadepolitik der beiden HDZ-Parteien, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft BuH (HDZ BiH) unter Dragan Čović und Božo Ljubićs Kroatische Demokratische Gemeinschaft 1990 (HDZ 1990). Überall dort, wo HDZ BiH und HDZ 1990 in den kantonalen Parlamenten der Föderation die Mehrheit stellten¹², kam die Nominierung der Delegierten für die föderale Volkskammer¹³ zum Erliegen.

Hintergrund war der Streit um die Verteilung der Ministerposten in der Föderation und auf Gesamtstaatsebene. Die Konfliktlinie verlief zwischen den HDZ-Parteien einerseits, und Lagumdžijas Sozialdemokraten sowie den Bündnispartnern andererseits. Kern des Konflikts war die Forderung der HDZs, sämtliche für Kroaten reservierte Posten zu erhalten. Beide Parteien verstehen sich als die alleinigen Repräsentanten der kroatischen Wähler in BuH. Diesen Anspruch leiten sie aus ihrem Wahlergebnis ab.¹⁴ Aus ihrer Sicht verfügen deshalb nur

sie über das Recht, die kroatischen Posten zu besetzen. Diese Sichtweise teilen Lagumdžijas Sozialdemokraten nicht. Die SDP erhebt ebenfalls Anspruch auf kroatische Posten. Hinzu kommt, dass ihre beiden kleineren kroatischen Verbündeten, HSP und NSRzB, auch nicht leer ausgehen wollten.

Der politische Machtkampf spitzte sich an dieser Frage zu. Da keine Seite zum Nachgeben bereit war, scheiterten die Gespräche. Einen unter Leitung der internationalen Gemeinschaft vermittelten Kompromissvorschlag schlugen die HDZ-Parteien in letzter Minute aus. Dieser sah vor, die kroatischen Posten zwischen den Koalitionsparteien aufzuteilen. Der Löwenanteil wäre an die HDZ-Parteien gefallen.¹⁵

Mit dem Scheitern der Gespräche war das Ausscheiden der HDZ-Kroaten aus der Regierungskoalition besiegelt. Die Sozialdemokraten und ihre Bündnispartner verfügten über genügend Stimmen, um auch ohne die beiden kroatischen Parteien die Regierung zu bilden. Diesen Vorteil machten sie sich zu Nutzen und konstituierten am 17. März in einer außerordentlichen Sitzung Legislative (genauer: die Volkskammer) und Exekutive der Föderation. Dieser Vorstoß war jedoch nicht unproblematisch. Die vorgezogene Konstituierung fand ohne die noch zu nominierenden Delegierten statt. Die Reaktion der HDZs kam postwendend: Ihre Vorsitzenden gaben bekannt, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um die „illegalen Machthaber“ zu sabotieren. In den darauffolgenden Tagen bemühten sich beide Parteien, die Bevölkerung in der überwiegend kroatisch besiedelten Herzegowina gegen die neue Regierung in Stellung zu bringen. Sie wollten ihr so die Legitimität entziehen. Die Parole der HDZs lautete, die SDP wolle die Kroaten in der Föderation marginalisieren. Die Versuche brachten allerdings nicht den gewünschten Erfolg. Nur wenige Menschen folgten dem Aufruf und gingen auf die Straße.¹⁶ Dennoch gaben sich die beiden

¹⁰ Wahlgesetz von Bosnien und Herzegowina: www.izbori.ba/documents/ENG/Law/BH_Election_Law.pdf

¹¹ Das Abgeordnetenhaus der Föderation BuH hat seine erste Sitzung am 22.11.2010 abgehalten. Die Frist zur Konstituierung ist am 23. November 2010 verstrichen.

¹² Es handelt sich um folgende Kantone: Herzegowina-Neretva, West Herzegowina, Kanton 10 und Posavina. Im Kanton Herzegowina-Neretva gelang es, am 4. März mit Hilfe der Stimmen der Partei von Fahrudin Radončić die Delegierten zu nominieren; im Kanton Posavina konnte die Blockade der HDZ-Parteien am 30. März überwunden werden.

¹³ Das Haus der Völker der FBiH setzt sich aus 17 Bosniaken, 17 Kroaten und 17 Serben und 7 Anderen zusammen.

¹⁴ Beide HDZ-Vorsitzenden sprechen davon, über 90 Prozent der Stimmen aus dem kroatischen Wählerspektrum in BuH erhalten zu haben. Dieser Prozentsatz ist allerdings nicht nachgewiesen. Analiza Vecernjeg lista, Vecernji.ba: www.vecernji.ba/vijesti/hdz-bih-hdz-1990-kontroliraju-pet-zupanija-22-hrvatske-opcine-clanak-249746, 08.02.2011.

¹⁵ Eksklusivno: sporazum koji su odbila dva HDZ-a, in: Dnevni list, 22.3.2011, S.4.

¹⁶ Nicht alle Kroaten in BuH betrachten die HDZ-Parteien als ihre politischen Fürsprecher. Einige namenhafte kroatische Intellektuelle kritisieren, dass die verfehlte Politik der HDZ-Parteien die Kroaten in BuH erst in ihre heutige missliche Lage gebracht habe. Dnevnik.hr:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BOSNIEN
UND HERZEGOWINA**

SABINA WÖLKNER
IVANA MARIĆ

31. März 2011

www.kas.de

Parteivorsitzenden, Čović und Ljubić, kampflustig. Rückenwind erhielten sie durch die Entscheidung der zentralen Wahlkommission des Landes. Diese erklärte am 24. März die Konstituierung des Föderationsparlaments und der Regierung für ungültig. Die Entscheidung, die Beobachter für politisch motiviert hielten, wurde am 29. März vom Hohen Repräsentanten von Bosnien und Herzegowina (HR), Valentin Inzko, suspendiert. Inzkos Begründung lautete, die Wahlkommission überschreite damit ihre Kompetenzen. Er fügte hinzu, die Bildung des Parlaments und der Föderationsregierung sei rechtmäßig.¹⁷ Inzko machte seine Entscheidung jedoch vom Urteil des föderalen Verfassungsgerichts abhängig. Der Verweis auf das Gericht war zurückzuführen auf die Klage der früheren Präsidentin der Föderation und stellvertretenden Vorsitzenden der HDZ BiH, Borjana Krišto. Diese hatte die Klage vor dem Verfassungsgericht angestrebt, um die Rechtmäßigkeit der Konstituierung der föderalen Volkskammer in Frage zu stellen. Sie forderte das Gericht auf, das Ergebnis zu annullieren. Nach der Entscheidung des Hohen Repräsentanten zog sie ihre Klage jedoch wieder zurück.¹⁸

Von der „doppelte Krise“ zur Systemkrise

Auch wenn sich das Blatt durch die Entscheidung des Hohen Repräsentanten zu Gunsten der Regierungskoalition gewendet hat, dürfen die SDP und ihre Bündnispartner den Widerstand der HDZ-Parteien nicht auf die leichte Schulter nehmen. Ihre Vorsitzenden, Čović und Ljubić, haben einen machtvollen Verbündeten: Milorad Dodik. Dieser macht sich seit Monaten für die HDZ-Parteien stark. Er folgt dabei der Argumentation von Čović und Ljubić, dass jede Regierung ohne die Beteiligung der HDZ-Parteien nicht den „kroatischen Wählerwillen

repräsentiere“. Die neue Föderationsregierung sei deshalb „illegitim“. ¹⁹ Dahinter steht der Versuch, den Vertretungsanspruch von Lagumdžijas kroatischen Bündnispartnern, HSP und NSRzB, zu unterminieren. Die Gründe für Dodiks Auftreten liegen auf der Hand: Sein Ziel ist es, Lagumdžija zu schwächen. Je stärker die kroatischen HDZ-Parteien der SDP in der Föderation die Bedingungen diktieren, umso schwächer ist die Position der Sozialdemokraten auf gesamtstaatlicher Ebene. Da SNSD und SDP über die gleiche Anzahl von Sitzen im Parlament von BuH verfügen, bietet die Krise in der Föderation Dodik die Gelegenheit, seine Machtstellung auszubauen. Aus diesem Grund hat er jüngst das Bündnis mit den HDZ-Parteien geschlossen. Es soll ihm helfen, eine gesamtstaatliche Regierungskoalition zu bilden, die die SDP und ihre Bündnispartner ausschließt.²⁰

Die Krise in der Föderation Bosnien und Herzegowina kommt dem Vorsitzenden der SNSD aber auch aus einem anderen Grund gelegen: Während der Konflikt zwischen den HDZ-Parteien und der SDP die Föderation lähmte, überschlugen sich die RS-Vertreter mit Erfolgsmeldungen zu geplanten Infrastrukturprojekten. Die Meldungen verfolgten das Ziel, die politische, wirtschaftliche und administrative Überlegenheit der Republika Srpska zu demonstrieren und diese von den chaotischen Zuständen in der Föderation abzuheben. Die Föderation wirkt durch die monatelange machtpolitische Paralyse der Republika Srpska meilenweit unterlegen.²¹ In ihrer Dysfunktionalität ähnelt sie dem Gesamtstaat und liefert Dodik damit genügend Argumente, um die Autonomie der Republika Srpska weiter auszubauen.

Auch Čovićs Interessen liegen auf der Hand. Das Bündnis mit Dodik stärkt seine Position im Kampf um einen Platz in der Regierung.

www.dnevnik.hr/vijesti/svijet/hrvatski-intelektualci-u-otvorenom-pismu-progovorili-o-krizi-u-bih.html, 28.03.2011.

¹⁷ Inzko beruft sich auf Entscheidungen seiner Vorgänger aus den Jahren 2001 und 2007. Demnach sei für die Konstituierung des Parlaments die Mehrheit der Delegierten ausreichend. Office of the High Representative (OHR): www.ohr.int/decisions/statemattersdec/default.asp?content_id=45887, 28.03.2011.

¹⁸ A.Terzic: Povuceni zahtjevi za ocjenom ustavnosti. Krišto mandat predala Inzku, in: Oslobođenje, 30.3.2011, S. 4.

¹⁹ Dodik za srbijanske medije, Blin magazin: www.banjalukain.com/front/bih-ce-se-raspasti-i-od-nje-ostati-samo-ono-sto-funkcionise-a-to-je-rs, 20.03.2011.

²⁰ Nezavisne novine: www.nezavisne.com/novosti/bih/SNSD-SDS-i-dva-HDZ-a-potpisali-sporazum-o-saradnji-83930.html, 20.03.2011.

²¹ Dies ist jedoch nur die eine Seite der Medaille. Die Entscheidungsprozesse sind in der RS deshalb einfacher, da in den Institutionen Serben dominieren. Nur wenige Bosniaken und kaum Kroaten sind nach Krieg und Vertreibung in ihre Heimatorte wieder zurückgekehrt, die sich heute auf dem Territorium der RS befinden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BOSNIEN
UND HERZEGOWINA**

SABINA WÖLKNER
IVANA MARIĆ

31. März 2011

www.kas.de

Bisher stand die Entitätsebene im Mittelpunkt des Interesses, da dort die wichtigsten Machtressourcen gebündelt sind. Nachdem die Koalitionsgespräche mit den Sozialdemokraten allerdings gescheitert sind, richtet er seine Anstrengungen nun auf die gesamtstaatliche Ebene.

Lediglich die Haltung von Božo Ljubić erscheint widersprüchlich. Er schloss im Dezember 2010 das Bündnis mit Čovićs HDZ BiH. Seine Begründung lautete, auf diese Weise „die kroatischen Interessen besser zu vertreten“.²² Dass sich Ljubić für ein Bündnis mit Čović entschied, ist dennoch erklärungsbedürftig. Ein Blick auf die Parteiprogrammatik macht deutlich, dass zwischen den Mitgliedsparteien der „Plattform“ und der HDZ 1990 inhaltliche Gemeinsamkeiten bestehen. Der Wunsch nach einer strukturellen Verfassungsreform ist eine davon. Der Grund für Ljubićs Entscheidung liegt demnach woanders. Die HDZ 1990 erlitt bei den Wahlen Einbußen. Ljubić ist auf der Suche nach einem neuen Profil für seine Partei, um Wähler wiederzugewinnen. Ob das Bündnis mit Čović jedoch die richtige Strategie ist, wird sich zeigen. Viele Mitglieder der HDZ 1990 betrachten es kritisch. Die Partei hatte sich einst aus Protest gegen die Führungspolitik des damaligen und heutigen Vorsitzenden der HDZ BiH, Dragan Čović, formiert.

Ljubić verteidigt die Zusammenarbeit mit Čović und weist jegliche Kritik entschieden zurück. Er bewertet den politischen Machtkampf in Bosnien und Herzegowina als Ausdruck eines Wettstreits zweier verschiedener politischer Grundideen. Die eine Idee beinhaltet das Konzept eines zentralisierten Bosnien und Herzegowinas. Diese Idee verfechten aus seiner Sicht Lagumdžijas Sozialdemokraten und die bosniakischen Bündnispartner. Ljubićs Idee zielt hingegen auf die Etablierung eines sogenannten „konsociationalen Modells“. Um dieses Modell in Bosnien und Herzegowina umzusetzen, müssen alle Kroaten an einem Strang zie-

hen, das Bündnis mit der HDZ BiH sei daher wichtig.²³

Hinter dem „konsociationalen Modell“ verbirgt sich die alte Forderung nach mehr politischer Mitsprache für Kroaten in den staatlichen Institutionen und Entscheidungsprozessen des Landes. Seit Jahren schwelt dieser Konflikt. So fordern die kroatischen politischen Vertreter Mechanismen, um die vitalen Interessen des kroatischen Volkes zu schützen. Bisher steht ihnen offen, im Haus der Völker ein Veto einzulegen, falls eine Gesetzesvorlage ihre Interessen berührt. Die HDZ-Parteien halten das Verfahren jedoch für unzureichend. So entscheidet das Verfassungsgericht BuH, ob das Veto berechtigt ist. Zu oft entschied das Gericht aus Sicht der beiden Parteien jedoch gegen das kroatische Anliegen. Und in einem weiteren Punkt fühlen sich die Kroaten den Bosniaken unterlegen. So gibt es im föderalen Abgeordnetenhaus kein Vetomechanismus, der es ihnen ermöglicht, dort Gesetzesvorlagen zu stoppen. Das sogenannte Entitätstvotum existiert nur auf Gesamtstaatsebene. In den Genuss dieses Votums können allerdings wegen ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit nur Serben und Bosniaken kommen. Das Entitätstvotum dient den kroatischen Vertretern häufig als Beleg, dass sie gegenüber den anderen beiden Volksgruppen benachteiligt sind.

Doch obgleich es sich hier um ein Thema handelt, dass die Gemüter vieler Kroaten im Lande bewegt²⁴, spielen diese Fragen in den Koalitionsgesprächen keine entscheidende Rolle. Auch das mit Milorad Dodik geschlossene Bündnis verspricht den Kroaten hier keine Besserung. Im Gegenteil: Dodik macht seit Jahren keinen Hehl daraus, an strukturellen Verfassungsreformen kein Interesse zu haben. Um die politische Mitsprache der kroatischen Vertreter in den staatli-

²³ Dr. Ljubić u Vjesniku: Dva HDZ-a su jedine stranke Hrvata koje imaju kapacitet artikulirati hrvatski nacionalni i državotvorni interes, 19.2.2011, veröffentlicht auf der Internetseite der HDZ 1990, www.hdz1990.org/vijesti/dr-ljubic-u-vjesniku-dva-hdz-a-su-jedine-stranke-hrvata-koje-imaju-kapacitet-artikulirati-hrvatski-nacionalni-i-drzavotvorni-interes

²⁴ In der Föderation startete die Kampagne „Stoppt die Majorisierung der Kroaten in BuH!“ (Stop Majorizacije Hrvata u BiH!). Die Aktivisten fordern mehr politische Mitsprache für Kroaten im politischen Entscheidungssystem und in den staatlichen Institutionen von BuH.

²² Vgl. Čović i Ljubić dogovorili platformu: Dva HDZ-a kao jedan, in: Oslobođenje, 14.3.2011, <http://www.oslobodjenje.ba/index.php?id=10596>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BOSNIEN
UND HERZEGOWINA**

SABINA WÖLKNER
IVANA MARIĆ

31. März 2011

www.kas.de

chen Institutionen zu erhöhen, wären diese Reformen allerdings die Voraussetzung.²⁵

Wie geht es weiter?

Die Entscheidung des Hohen Repräsentanten, das Vorgehen der zentralen Wahlkommission zu suspendieren und die neue Föderationsregierung im Amt zu belassen, hat die politische Lage in Bosnien und Herzegowina vorübergehend stabilisiert. Die Konstituierung von Legislative und Exekutive in der Föderation ist ein wichtiger Schritt, um die lang ersehnte Regierungsbildung auf Gesamtstaatsebene voranzutreiben.

Dennoch ist es fraglich, ob dieser Erfolg die politische Krise im Lande löst. Vielmehr besteht die Gefahr, dass weitere Blockaden folgen. Ein Beleg dafür sind die aktuellen Koalitionsgespräche auf der Gesamtstaatsebene. Hier bemühen sich die HDZ-Parteien und Milorad Dodik, eine Koalition zu schmieden, die Lagumdžijas Sozialdemokraten und ihre Bündnispartner ausschließt. Ein solches Regierungsbündnis käme vor allem Dodik gelegen. Es gäbe ihm die Möglichkeit, die von Lagumdžijas Sozialdemokraten und vom wichtigsten Bündnispartner, die „Partei der Demokratischen Aktion“ (SDA), geforderten strukturellen Verfassungsreformen zu verhindern und die Autonomie der Republika Srpska auszubauen. Die vollständige Blockade der gesamtstaatlichen Institutionen wäre die Folge. Aber auch Reformen zur EU-Annäherung des Landes wären unter diesen Bedingungen kaum möglich.

Letztlich spiegeln die Differenzen zwischen den Parteien in Bosnien und Herzegowina den Konflikt wider, der das Land seit Jahren lähmt. Während die bosnisch-serbischen Kräfte ein konföderales Staatsgebilde anstreben, ziehen die bosniakischen Parteien einen Gesamtstaat vor, der über weitrei-

chende Kompetenzen verfügt. Dazwischen befinden sich die Kroaten, die sich gegenüber Serben und Bosniaken benachteiligt fühlen und deshalb am stärksten nach strukturellen Verfassungsreformen rufen, die das Land territorial und administrativ neu strukturieren. Die HDZ-Parteien haben ihre Chance jedoch vorerst vertan, eine tiefgreifende Umgestaltung des Staates anzulegen. Sie haben sich für ein Bündnis mit Milorad Dodik entschieden. Sie wissen, die Koalition ist für Dodik nur Mittel zum Zweck, um Sand ins gesamtstaatliche Getriebe zu streuen. Reformen, die die Autonomie der Republika Srpska zur Disposition stellen, kommen für ihn nicht in Frage. Die Wahrheit ist aber auch, dass an Dodiks SNSD kein Weg vorbeiführt. Die Partei ist neben der SDP die stärkste Kraft im gesamtstaatlichen Parlament BuH.

Doch auch eine breite Koalition auf Gesamtstaatsebene, die u. a. die SDP und die Bündnispartner, SNSD sowie die beiden HDZ-Parteien einschließt, erscheint nicht erfolgversprechender. In einer solchen Koalition sind Blockaden vorprogrammiert, da die Koalitionspartner sich nicht über den Weg trauen. Die Interessenunterschiede zwischen ihnen sind zu groß. Eine rasche Umsetzung der Reformen zur EU-Annäherung wäre damit ebenfalls eher unwahrscheinlich.

Doch auf eine größere Koalition wird es hinauslaufen. Denn keine der beiden Koalitionsblöcke, also weder SNSD plus HDZ-Parteien, noch SDP und ihre Bündnispartner, verfügen über genügend Stimmen, um die Regierung auf Gesamtstaatsebene allein zu stellen. Zünglein an der Waage werden die kleineren Parteien im Parlament sein wie etwa die „Partei für Bosnien und Herzegowina“ des abgewählten bosniakischen Präsidiumsmitglieds, Haris Silajdžić. Diese geben sich bislang bedeckt. Sie wissen, dass ihr „Marktwert“ im Koalitionspoker derzeit steigt.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die politische Stagnation des Landes voraussichtlich fort. Die vielbeschworene Übernahme von mehr Eigenverantwortung („Ownership“) lässt sich so kaum erzielen. Die Systemkrise

²⁵ Hierzu zählt der Wahlvorgang des kroatischen Präsidiumsmitglieds. Das Wahlgesetz des Landes lässt es zu, dass Bosniaken auch für einen kroatischen Kandidaten stimmen können, was insbesondere den beiden stärksten kroatischen Parteien ein Dorn im Auge ist. Sie plädieren dafür, die Präsidiumsmitglieder im Parlament zu wählen. An einer solchen Lösung hat Dodik jedoch kein Interesse. Vgl. Sabina Wölkner, Ivana Marić, Sabrina Isić: Neuer Wein in alten Schläuchen? Bosnien und Herzegowina hat gewählt, KAS Länderbericht Bosnien und Herzegowina vom 6. Oktober 2010, http://www.kas.de/wf/doc/kas_20748-1522-1-30.pdf?101013153127.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**BOSNIEN
UND HERZEGOWINA**

SABINA WÖLKNER
IVANA MARIĆ

31. März 2011

www.kas.de

in Bosnien und Herzegowina zeigt einmal mehr, dass das Land an einer strukturellen Verfassungsreform nicht vorbeikommt. Diese muss auch die Föderation Bosnien und Herzegowina einschließen. Die neue Regierungskoalition in der Föderation könnte mit gutem Beispiel vorangehen und mit der Lösung dieser Frage beginnen. Vorschläge gibt es genügend.²⁶ Ohne eine Verbesserung der Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen können Pattsituationen wie diese den Gesamtstaat lähmen und den zentrifugalen Kräften im Lande weiter Auftrieb geben, insbesondere dann, wenn kein Hoher Repräsentant mehr zur Verfügung steht. Für die Stabilität von Bosnien und Herzegowina könnten die Folgen gravierend sein.

²⁶ Vorschläge lieferte der im September 2010 erschienene Bericht der International Crisis Group „Federation of Bosnia and Herzegovina – A Parallel Crisis“:
www.crisisgroup.org/en/regions/europe/balkans/bosnia-herzegovina/209-federation-of-bosnia-and-herzegovina-a-parallel-crisis.aspx